

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Bezugsänderungen und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich, frei Haus 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-N. / Geschäftsstelle u. Expedition: Mühlentorstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18 690. Dresdner Verlagsgesellschaft  
Schriftleitung: Dresden-N. Mühlentorstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Streckstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neu mal gepaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anstehend an den dreifachen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-N., Mühlentorstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höchster Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Freitag den 2. November 1928

Nummer 257

## Es brennt an der Ruhr!

### Ungeheure Verschärfung des Kampfes

DMV-Bureaokratie für Notstandsarbeiten / Kampfschließungen gegen den Schiedspruch von Reformisten unterschlagen / Wüste Kommunistenhege

Essen, 2. November. (Eig. Drahtmeldung.)

Gestern Abend trat im Gewerkschaftshaus die große Revierkonferenz der Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes zusammen. Es wurde beschlossen, entgegen der Forderung der überwiegenden Mehrheit der kämpfenden Metallarbeiter die Notstandsarbeiten nicht zu verweigern. (1) Die Gewerkschaften haben dem Vorsitzenden der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, Sirup, Bericht erstattet.

Gestern fanden im ganzen Kampfgebiet Belegschaftsversammlungen und öffentliche Metallarbeiterkundgebungen statt. Es zeigte sich, daß die Mehrzahl der Metallarbeiter hinter den Forderungen der Opposition steht. In allen Versammlungen kam der Wille zum Ausdruck, die Offensive der Unternehmer mit der Gegenoffensive zu beantworten. Es ist den Metallarbeitern begreiflich geworden, daß die bisherige Politik der Gewerkschaftsführer das Vorgehen der Unternehmer erleichtert und vollständig die Niederlage der Metallarbeiter vorbereitete. Der Ruf nach sofortiger Durchführung des Kampfes, nach Bildung von Betriebskampfleitungen wird immer lauter. Der Druck der Metallarbeiter entlarvt die Gewerkschaftsbureaokratie vollends. Eingereichte Entschuldigungen, die den Kampf um die bei Einleitung der Bewegung aufgestellten Forderungen und schärfste Bekämpfung des Schiedspruches fordern, werden nicht zur Abmilderung gebracht, bzw. den Einbringern der Entschuldigungen mit Ausschlußgedroht.

Es brennt an der Ruhr! Ein Notstandskampf ist im Gange. Der Frontangriff der Unternehmer, der mit tödlichster Brutalität gegen die Metallarbeiter aufgenommen worden ist, hat einen Machtkampf Klasse gegen Klasse in einem Ausmaß entfesselt, dessen letzte Auswirkungen zur Stunde noch nicht zu übersehen sind.

Was aber zu übersehen ist und was von der gesamten Arbeiterklasse erkannt werden muß, das ist, daß dieser Angriff der Unternehmer nur möglich war auf der Grundlage eines Komplotts der Ruhrgebiets mit der sozialdemokratischen Reichsregierung und der reformistischen Bureaokratie der Gewerkschaften. Der plötzliche Verrat des Kampfes in München-Gladbach, die schändliche Abwägung des Hamburger Hafenarbeiterkampfes durch die Reformisten haben die Unternehmer im Ruhrgebiet erst zu ihrem Angriff ermuntert, mehr noch: sie haben ihn direkt provoziert!

Die Unternehmer spielen auf die Verbindlichkeit. Aber damit ist zugleich der Bankrott der reformistischen Politik überhaupt erklärt. Maßlos stellt die reformistische Bureaokratie, maßlos stellt die sozialdemokratische Reichsregierung vor dem Scheitern ihrer Theorien über Wirtschaftsdemokratie und friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus. Die Arbeiterklasse soll diesen Verrat nicht erkennen. Auch jetzt noch nicht, wo er offensichtlich zugrunde tritt. Und so appellieren die Reformisten an den bürgerlichen Staat der Unternehmer gegen die Unternehmer, die die Herren dieses Staates sind, so appellieren sie an die bürgerliche Justiz gegen die Führer der Bourgeoisie.

Nicht nur, daß die „Kampfsparole“ der Reformisten von vornherein falsch ist, weil sie sich auf die Verteilung eines Schiedspruches einläßt, der das Elend der Ruhrarbeiter für 1 1/2 Jahre verewigt. Sie tun auch alles, um einen machtvollen

Gegenangriff der Arbeiterklasse gegen den Vorstoß der Unternehmer zu verhindern. Der Beschluß der Revierkonferenz der Geschäftsführer des DMV in Essen, die Notstandsarbeiten nicht zu verweigern, ist ein Schlag ins Gesicht der kämpfenden Arbeiterklasse!

Die Unterschlagung der in zahllosen Belegschaftsversammlungen eingereichten Entschuldigungen der Metallarbeiter, die die schärfste Bekämpfung des Schiedspruches und die Bildung von Betriebskampfleitungen fordern, ist nur die Folge dieser Einstellung. Und wenn die Reformisten in diesem Augenblick, wo

die ganze Kraft der Arbeiterklasse zur Umkehr des Unternehmerkampfes zusammengefaßt werden müßte, mit Ausschlußgedrohungen gegen die Opposition und mit einer niederträchtigen Kommunistenhege antworten, dann ist das nur eine verbrecherische Verzweifelungsaktion der reformistischen Führer, die vor dem Bankrott ihrer Politik stehen und selbst in diesem Augenblick keinen anderen Feind kennen als die Opposition, die energisch eine grundsätzliche Änderung der Politik der Niederlagenstrategie im Sinne des revolutionären Klassenkampfes fordert und durch die die Reformisten mit Recht von Tag zu Tag mehr ihre Führerrolle gefährdet sehen.

Was ist jetzt zu tun? In breiter Front muß die gesamte Arbeiterklasse zur Unterstützung des Notstandskampfes an der Ruhr mobilisiert werden. Der Kampf geht Klasse gegen Klasse, gegen die Unternehmer und ihren Staat, gegen die sozialdemokratische Reichsregierung als die Beauftragte der Unternehmer, zur Vernichtung des Schiedspruches, zur Niederämpfung des Schiedspruches, für die alten Lohnforderungen von 15 Pf. Lohnerhöhung und Achtstundentag. Ueberall müssen die Metallarbeiter in den Betrieben Stellung nehmen, Sympathieauktionen für ihre Brüder im Westen annehmen und eigene Forderungen aufstellen um den Kampf, um sie mit dem großen Kampf der Metallarbeiter von Nordwest zu verbinden.

Schafft die unerschütterliche Kampfesfront

in den Betrieben!

Alarmiert den letzten Kollegen!

Alles für den Sieg des kämpfenden Ruhrproletariats!

## Volkszeitung und Volksstaat Arm in Arm

Sie schützen beide den Unternehmerstaat — „gegen die Unternehmer!“

„Der Machtvoller der Eisenherren!“, so schreibt die Dresdner Volkszeitung gestern in großer Schlagzeile an der Spitze ihres Plattes. Machtvoller der Unternehmer? — Machtvoller derer, die die ganze Macht im Staate haben? — Aber so wie diese Ueberschrift schon bewußt die Arbeiter von der politischen Verantwortung des Notstandskampfes in der Metallindustrie ablenken soll, so wird dieser infame Schwindel, als ob es sich um einen Angriff der Unternehmer auf den Staat handele, im Artikel selbst fortgesetzt. Da heißt es über die Durchbrechung des Schiedspruches wörtlich:

„Aber wie die Unternehmer jetzt offen sagen, handelt es sich für sie nicht um die Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Erfüllung des Schiedspruches. Mit dem System des Schlichtungswesens überhaupt müßte endlich Schluss gemacht werden. Das ist eine Kriegserklärung an den Staat. Das ist die offene Aufforderung gegen das Gesetz.“

Und an einer anderen Stelle:

„Mit der Ablehnung wollen die Arbeitgeber nicht mehr grundsätzlich den Kampf gegen den sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister. Die Scharfmacher wollen... mit der Durchbrechung der Verbindlichkeitsklärung, die ja ein Hebel des Staates ist, im Reichsarbeitsministerium unter der Führung eines Sozialdemokraten ihre Mißachtung zeigen...“

Man fragt sich, ob diese Ausführungen mehr lächerlich oder mehr niederträchtig sind. Natürlich denken die Unternehmer nicht daran, die Autorität des Staates zu untergraben, der ihre Diktatur über die Ausgebeuteten aufrechterhält. Noch viel weniger denken sie an eine Ablehnung des Grundgedankens des Schlichtungswesens, das von jeher nichts anderes war als ein Mittel, der Arbeiterklasse die Streikfreiheit zu rauben. Aber sie haben auch nicht ohne Absicht einen Sozialdemokraten mit der Führung des Reichsarbeitsministeriums betraut, denn sie wissen, daß niemand besser die Rolle des Reichsarbeitsministeriums als des ausführenden Organs der Trustbourgeoisie vor der Arbeiterklasse verschleiern kann.

Warum aber stellt die „Dresdner Volkszeitung“ die Dinge so auf den Kopf? Der Zweck ist klar. Die verhängnisvollen Theorien über die Republik als „Volksstaat“, über die Wirtschaftsdemokratie als den Weg zum Sozialismus, mit denen die Reformisten gerade in der letzten Zeit immer mehr den Klassenkampfgedanken revidiert und jede Kampfbewegung der Arbeiterklasse untergraben haben, das ganze System der Koalitionspolitik ist bankrott. Nicht die Unternehmer greifen den Staat an (denn es ist ja ihr Staat), sondern die Sozialdemokraten verteidigen für die Unternehmer diesen Staat gegen die Arbeiterklasse. Das Fochen der Unternehmer auf ihre Macht, der Generalangriff auf die Metallarbeiter muß diese Grundwahrheiten jedem Arbeiter ins Gehirn einschämmern. Das aber bedeutet den Tod für den Reformismus.

Mit dieser staatsretren Gestinnung befindet sich die Dresdner Volkszeitung übrigens in bester Gesellschaft. Die Sozialfaschisten des Volksstaats unterscheiden sich in ihrer Stellungnahme zum Kampf in der Eisenindustrie in nichts von der Stellungnahme der „linken“ Volkszeitung. Der Volksstaat schreibt:

„Nachdem nun das Kabinett sich hinter den Schiedspruch gestellt hat, und somit der Schiedspruch zu einem Spruch des Staates geworden ist, muß von den Parteien erwartet werden, daß sie sich dem Schiedspruch fügen, ... denn eine Gefährdung der staatlichen Autorität darf auf keinen Fall als Folge eines Arbeitskampfes ergehen.“

Wir fragen: Wo ist der Unterschied? Es ist mütterlich der gleiche Schwindel, den die Volkszeitung den Arbeitern vorsetzt!

## Neue Verschärfung des Kampfes

Weitere Tarife für 100 000 Arbeiter gekündigt

Düsseldorf, 2. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Arbeitskonflikt in der westdeutschen Eisenindustrie hat eine bedeutende Verschärfung erfahren. Die Metallarbeitergewerkschaften haben in fast sämtlichen großen Randbezirken des Ausperrungsgebietes Nordwest die bestehenden und zum Teil schon die abgelaufenen Lohnabkommen gekündigt, und zwar bisher in den Bezirken Donatbrück, Iserlohn, Peine, Wiefeld und Belwert. Insgesamt fallen unter die gekündigten Tarife über 100 000 Arbeiter, die zum überwiegenden Teil in der weiterverarbeitenden Eisenindustrie beschäftigt sind. Die Lohnforderungen bewegen sich ungefähr auf der Höhe der ursprünglichen Gewerkschaftsforderungen im Gebiet der nordwestlichen Eisenindustrie, Lohnerhöhungen um etwa 20 bis 25 Prozent. In einzelnen Bezirken werden die Lohnverhandlungen noch in dieser Woche beginnen, andererseits verläuft, daß die nordwestliche Eisenindustrie bereits mit den Unternehmern der angrenzenden Bezirke über eine Einbeziehung aller Werke in die Gesamtperrung verhandelt. Der Arbeitgeberverband der Nordwestgruppe der Eisen- und Stahlindustrie hat für heute eine Vorstandsitzung einzuberufen.

Bonn, 2. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Arbeitgeberverband Nordwest hat bei dem zuständigen Arbeitsgericht die Verbindlichkeitsklärung zu Unrecht er-

lassen sei. Auch die Gewerkschaften werden Klage erheben dahingehend, daß der Schiedspruch und die Verbindlichkeitsklärung zu Recht bestehen. Die Entscheidung des zuständigen Arbeitsgerichts dürfte bald erfolgen.

Essen, 2. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Wie das Arbeitsamt für Rheinland-Westfalen mitteilt, erhalten die ausgesperrten Hüttenarbeiter keine Arbeitslosen, aber Krisenunterstützung.

## Stillelegungen auch bei Krupp

Düsseldorf, 2. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Am 31. Oktober bereits wurden auf der zur Friedrich Krupp AG gehörigen Grube Friedrich Wilhelm 40 Bergleute des Eisenbergbau entlassen. Auf der Grube Lannenberg und Knappshausen sind in Salzdorf ist schon seit einiger Zeit Kurzarbeit eingeführt und ein Teil der Belegschaft entlassen worden. Die einzige Grube, die noch in Betrieb ist, ist St. Gerardo, die Thünen gehört. In dieser wurden auch bereits Forderungen eingeleitet. Die Grube Große Burg bei Altenleiberg hat zum 1. November 180 Bergleute gekündigt. Nach einer Verwaltungsmittelteilung sollen die zum Konzern der Vereinigten Stahlwerke AG gehörigen Eisenwerke St. Andreas, Bergelung, Petershagen und Bingerhagen am 15. November stillgelegt werden. Den Belegschaften der Gruben ist am 1. November gekündigt worden. Hieron werden 1200 Bergleute betroffen. Auch diese Stillelegungen stehen im Zusammenhang mit dem Kampf in der westdeutschen Eisenindustrie.